

Schwarzwälder Tageszeitung

Siegründet 1877
Aus den Lannen
Fernsprecher Nr. 11
Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

Bezugspreis: Bei der Post und den Agenten bezogen 12 M. 45 Pf., in Altensteig 12 M. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge von Gewalt oder Betriebsstörungen ist kein Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Nagold und für Altensteig-Stadt.
Anzeigenpreis: Die 5spaltige Zeile oder deren Raum 50 Pf., die 4spaltige 40 Pf., die 3spaltige 30 Pf., die 2spaltige 20 Pf., die 1spaltige 10 Pf. Bei Wiederholung im Rabatt. Bei Zahlungsvorgang oder geschäftlicher Entziehung ist der Rabatt hinfällig.

Nr. 26.

Altensteig, Mittwoch den 2. Februar.

Jahrgang 1921.

Reichstag.

Die Regierungserklärung zum Pariser Abkommen.

Berlin, 1. Febr.

Die Tribünen sind überfüllt. Auch vor dem Reichstagsgebäude drängt sich eine große Menschenmenge. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Regierungserklärung.

Im Ministerrat: Sämtliche Kabinettsmitglieder und viele Regierungsvertreter, sowie Vertreter der Länder. — Die Debatte ist nach 10 Uhr beendet.

Präsident Ebbé eröffnet die Sitzung kurz nach 4 1/2 Uhr und erteilt das Wort dem

Reichsminister des Aeußern Simons:

Selten hat eine politische Handlung solche Bewunderung in den Köpfen angerichtet, wie die Pariser Verhandlungen. Eben war der Senbourg'sche Plan erörtert (Senbourg, einer der französischen Sachverständigen in Brüssel, machte den Vorschlag von fünf Jahreszahlungen, worauf die Gesamtsumme festgesetzt werden sollte. D. Schr.) und nun kommt die neue Note. Keiner schilbert den Verlauf der Verhandlungen und bespricht den Inhalt der Note. Anknüpfend an Spa ist diese Note zustande gekommen. Von der Beratung in Boulogne ist uns nie etwas bekannt geworden. Diese Beratung ist in Spa gar nicht erwähnt worden. Ganz kam nicht zustande und die Verhandlungen verzögerten sich immer mehr, jedoch ich eine raschere Regelung angesetzt habe. So sind die Brüsseler Verhandlungen zustande gekommen, die dann aber auch ohne endgültiges Ergebnis verlor.

In Paris wurde das Bild anders. Der Senbourg'sche Vorschlag trat ganz zurück. Die Vorwürfe, daß die deutsche Regierung nicht selbst mit Vorschlägen herorgetreten sei, treffen nicht zu. Wir haben solche gemacht, sie sind aber nicht beachtet worden. Auch in Spa haben wir Vorschläge gemacht, die allerdings noch nicht eingehend sein konnten, aber doch u. a. einen Finanzierungsplan enthielten. Sie sind unter den Tisch gefallen.

In der Pariser Note werden bezüglich der Entlassung von Kriegsgefangenen, Marineangehörigen und Luftschiffangehörigen angeben. Es handelt sich hier um Beschlässe. Gefragt werden nicht; das hindert aber nicht, daß wir uns dazu äußern werden. Es sind uns zwar die Forderungen zur Durchführung der Verhandlungen mit den Resten und den einzelnen Ländern gegeben, ich habe aber jedes Wort der Anerkennung für dasjenige vermehrt, was wir in bez. Entlassungsfrage schon geleistet haben, während bislang seit dem Abkommen gar nichts heraus.

Wo bleibt die Anerkennung dessen, was wir schon geleistet haben? Auch ist 3. der Note nicht gesagt, ob wir bei der Ausgabe der Bonds die kein Waffenstillstand hinterlegten Schadensersatz zu rückzahlen. Das neue Programm enthält also Unklarheiten und Widersprüche. Schwankende Summen dürfen uns nicht aufleiten. Desgleichen sind nach dem Waffenstillstand nur 30 Jahre zur Tilgung vorgesehen. Von allem ist keine Rede mehr. Es müßte doch festgestellt werden, wie hoch der angelegte Schaden eigentlich ist. Was Frankreich bisher an dem Schaden hat, ist verhältnismäßig gering, ohne daß wir eine neue Ausgabe werden würde. Die Schätzungen der französischen Sachverständigen sind für uns zu niedrig erschienen. Es ist erhöht worden. Aber deutsche Sachverständige hinzuzuziehen, ist niemand eingefallen. Die Summe, die jetzt angegeben wird, scheint also mehr oder weniger willkürlich zu sein. Clemenceau hat selber selbst erklärt, daß ein Eingriff in unsere Freiheit nicht beschlüssigt sei. Von einer Zollüberwachung war nie zuvor die Rede.

Die Regierung ist sich klar darüber, daß der Weg, der vorgeschlagen wird, unpraktisch und somit ungangbar ist und auf eine wirtschaftliche Verklammerung hinausläuft. Daraus ändern die uns in Aussicht gestellten „Rabattätze“ von 8 und 6 Prozent nichts. Die Entente glaubt vielleicht, wir könnten im Ausland eine Anleihe aufnehmen. Das ist einfach unmöglich, zumal die Bestimmungen der Wiederherstellungskommission hier schon eine Schranke gezogen haben. Es würde also auch nicht einmal das Land in Frage kommen, das die Verbündeten während des Krieges finanziert habe. Die Zollabgabe ist eine Entlastung der deutschen Industrie. Was das Ausland sie tragen, so wird der Staat erspart: Ist das nicht möglich, so muß sie der Arbeiter tragen. Wir würden 42 Jahre lang Gefangenensarbeit leisten müssen.

In den Straßensitzungen geht auch die eventuelle Errichtung eines eigenen rheinischen Zollgebietes, sowie die Nichtaufnahme in den Völkerbund. Das letztere interessiert uns weniger, solange wir noch nicht den Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund gestellt haben. Sondern falls bei der Völkerbund, so wie er jetzt ist, nicht viel Lachendes für uns. Die Regierung kann in dem Abkommen nicht die nötige Grundlage für weitere Verhandlungen sehen. Es ist aber ihre Pflicht, alle Mittel anzuwenden, um zu entsprechenden Gegenmaßnahmen zu kommen. Präsident Ebbé beantragt, die Besprechung erst morgen vorzunehmen.

Herr Hoffmann (Komm.) gibt trotz mehrfacher Unterbrechung durch den Präsidenten eine Erklärung ab, in der er die Forderungen der Entente als eine Frucht des deutschen Imperialismus bezeichnet. (Entstimmungs- und Schlußruf.)

Gegen die Stimmen der Kommunisten wird der Antrag des Präsidenten angenommen.

Unannehmbar!

Berlin, 1. Febr. Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Ebert trat gestern nachmittags das gesamte Reichskabinetts zur Beratung der Verhandlungsnotiz über das Abkommen von Paris zusammen. Es herrschte Einmütigkeit, daß der Vorschlag der Kriegsschadensentschädigung unannehmbar sei, was nicht ausschließt, daß auf anderer Grundlage Verhandlungen mit dem Verband geführt werden können. Heute vormittags fand eine weitere Sitzung

Nat. Die Fraktionen der Regierungsparteien zum von der Regierung einig, daß über die gemachten Vorschläge nicht verhandelt werden könne. Diese Parteien sind im Reichstag in der Minderheit, aber die Deutschnationalen schließen sich der Ablehnung unbedingt an und auch die Sozialdemokratische Partei dürfte diesen Standpunkt einnehmen. Die Erregung ist allgemein.

Nach der „Börzenzeitung“ wird die Reichsregierung der Aufforderung entsprechend Vertreter zu der Konferenz in London absenden. Nach dem Verlauf der dortigen Verhandlungen werde es sich zeigen müssen, welche innerpolitischen Folgen bezüglich eines etwaigen Regierungswechsels entstehen.

Der Fehlbetrag im Reichshaushalt.

Im Reichsrat wies Ministerialdirektor Sachs auf die Befürchtung hin, daß die Gestaltung des Reichshaushalts für 1920 schloß mit 92,5 Milliarden ab. Im ordentlichen Haushalt hielt er mit 39 Milliarden in Einnahmen und Ausgaben das Gleichgewicht, während beim außerordentlichen Haushalt ein Fehlbetrag von 49 Milliarden vorhanden war. Dieser vermehrte sich unter Einrechnung des Fehlbetrags bei der Post und bei der Eisenbahn um weitere 18 Milliarden, so daß er sich insgesamt auf einen Fehlbetrag von rund 67 Milliarden erhöhte. Die Ergänzungen für 1920 bringen eine weitere beträchtliche Verschlechterung der Finanzlage, wodurch die Summe der ungedeckten Ausgaben des Reichs für November 1920 auf rund 79 Milliarden answachsen ist. Nach dem Ergänzungsplan hat sich die Gesamtsumme der jährlichen Leistungen zur Ausführung des Friedensvertrags schon jetzt auf 42,5 Milliarden erhöht. Allein die laufenden Kosten für die verbandlerische Rheinlandkommission, die bisher mit 20 Millionen schon sehr hoch ausgeworfen waren, haben sich um weitere 9,5 Millionen Mark erhöht, betragen also jährlich die in ihrer Höhe kaum begreifliche Summe von 11,5 Millionen Mark. Der ungeheure Fehlbetrag von 79 Milliarden müßte mit allen Mitteln freigestellt und rüchtdisloster Beischränkung der Ausgaben vermindert werden. Der Augenblick sei da, wo mit der immer wieder verheißenen Einschränkung der Verwaltungsansgaben Ernst gemacht werden müsse. Ob das, was zur Ausführung des Friedensvertrags weiter von uns gefordert werde, unserer Leistungsfähigkeit überhaupt entspreche, werde sich ja in aller nächster Zeit zeigen. Im einzelnen seien durch die Ergänzungsbeiträge weitere Anleihen im Betrag von 8,4 Milliarden notwendig, darunter für die Reichseisenbahnverwaltung 1,6 Milliarden. Den Fehlbetrag bei der Post- und Telegraphenverwaltung wolle die Verwaltung einsparen aus verfügbaren Mitteln decken, im wesentlichen aus dem Postschmelzverehr. Der Reichsrat hat dem Hauptvoranschlag zugestimmt.

Entlastung der Gerichte.

Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes zur Entlastung der Gerichte zugegangen. Auf dem Gebiet des Zivilprozesses sind, wie wir dem „Völk. Fremdenblatt“ entnehmen, die vorgeschlagenen Neuerungen nicht von besonderer grundsätzlicher Bedeutung. Die Erhöhung der Zuständigkeit des Amtsgerichts bis zu einem Streitwert von 3000 statt bisher 1200 Mark, die Ueberweisung der ehelichen und verwandtschaftlichen Unterhaltungsansprüche an die Amtsgerichte, den Ausschluß der Berufung bei einem Streitwert von weniger als 500 Mark dürften zu Bedenken wenig Anlaß geben. Allerdings wird man bei dem geringeren Geldwert von diesen Maßnahmen eine sehr erhebliche Entlastung der Landgerichte nicht erwarten dürfen. Auch damit wird man einverstanden sein können, daß eine Reihe von weniger bedeutenden Amtshandlungen künftig an Stelle des Richters vom Gerichtsschreiber vorgenommen werden soll. Doch wird nach dieser Richtung den Landesjustizverwaltungen freie Hand gelassen. Nützlicher, besonders auch für den Verkehr, wäre es sicherlich, wenn diese Frage für das ganze Reich einheitlich geregelt würde.

Schwerer wiegen die Bedenken gegen den strafrechtlichen Teil der Vorlage. In Zukunft sollen die Schöffengerichte so ziemlich für alle Fälle des Diebstahls, auch des schweren, des bandenmäßigen und des Rückfallsdiebstahls sowie des Betrugs, der Unterschlagung und der Sachbeschädigung zuständig sein, falls

der Wert des Schadens nicht mehr als 3000 Mark beträgt. Da wird es notwendig werden, daß bei der größeren Bedeutung, die die Schöffengerichte erhalten, auch erfahrenere Staatsanwälte mit der Vertretung der Anklage betraut werden. Es ist aber zu bezweifeln, ob in der gegenwärtigen Zeit der Zunahme der Verbrechen, insbesondere auf dem Gebiet des Diebstahls, die Schöffengerichte hinsichtlich der Strafzumessung den an sie gestellten Aufgaben gewachsen sein werden. Dann sind ferner sicherlich die Amtsgefängnisse an vielen kleineren Gerichten nicht in der Lage, schwere Einbrecher, Rückfallsdiebe wochenlang sicher zu verwahren. Wird der Entwurf Gesetz, so ergibt sich die Notwendigkeit, an den Orten vieler Amtsgerichte umfangreiche Neubauten von Gefängnissen zu errichten. Auf der anderen Seite wird es in vielen Fällen für die Staatsanwaltschaft gar nicht möglich sein, ohne gerichtliche Voruntersuchung binnen vier Wochen einen verurteilten Verbunddiebstahl, bei dem die Angeklagten leugnen, soweit zu klären, daß die Anklage erhoben werden kann.

Weiter will die Vorlage die Gerichte dadurch entlasten, daß die Zulässigkeit der Privatklage in sehr erheblicher Weise, z. B. auch auf die Fälle des schweren Hausfriedensbruchs, der gefährlichen Körperverletzung usw. ausgedehnt wird. Gewiß wird dadurch eine Entlastung der Gerichte eintreten. Denn wenn der Beschäftigte von der Staatsanwaltschaft auf den Weg der Privatklage verwiesen wird, unterläßt er aus begründeten finanziellen Gründen in der Regel die Erhebung der Privatklage. Dadurch leidet aber das Rechtsgesühl der Bevölkerung. Es kommt hinzu, daß der Begriff des öffentlichen Interesses, bei dessen Vorliegen die Staatsanwaltschaft die Sache zu verfolgen hat, ein sehr vager und von subjektiven Anschauungen abhängiger ist.

Und nicht minder muß der Vorschlag abgelehnt werden, den Erlaß von Strafbefehlen nicht mehr in die Hand des Richters, sondern in die des Staatsanwalts zu legen. Gewiß richtet sich der Richter beim Erlaß der Strafbefehle in der Regel nach dem Auftrag des Staatsanwalts, aber die Anordnung der Verurteilung selbst liegt doch in der Hand des unabhängigen Richters. Es ist schwer anzunehmen, daß der Reichstag diesen Vorschlag, der Staatsanwaltschaft richterliche Befugnisse einräumt, zustimmen wird.

Neues vom Tage.

Simons Rücktrittsgesuch zurückgezogen.

Berlin, 1. Febr. Minister Simons hat in der gestrigen Kabinettsitzung seinen Rücktritt an. Er habe im Juni 1919 sich gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrags ausgesprochen und das Amt mit dem Programm übernommen, den Friedensvertrag bis zur Grenze der Möglichkeit auszuführen. Wenn er jetzt zurückträte, so sei das ein Bekenntnis, daß er das Pariser Abkommen für unmöglich halte. Auf Wunsch des Kabinetts zog Simons sein Gesuch zurück.

Paris, 1. Febr. Havas meldet: Die mexikanische Regierung hat Vorsehrungen getroffen, um 100 000 deutsche Kolonisten aufzunehmen.

Die Verbandszollverwaltung im besetzten Gebiet.

Berlin, 1. Febr. Gegen die Errichtung einer besonderen Zollverwaltung in den Rheinländern schreibt Ministerialdirektor a. D. Reuhaus in der „Straßburger Zeitung“: Es ist bezeichnend für die Denkweise der Teilnehmer an der Pariser Konferenz, daß sie die Kernfrage, ob und inwieweit die wirtschaftlichen Interessen des besetzten Rheinlands durch die Errichtung einer besonderen Zollverwaltung für das Gebiet berührt werden, überhaupt nicht zur Erörterung gestellt haben. Darüber aber kann kein Zweifel bestehen, daß die angeordneten Zwangsmaßnahmen der gesamten Wirtschaft des besetzten Gebiets den Todesstoß versetzen werden.

Förderung der Volksernährung.

Berlin, 1. Febr. Nach der „Post“ wird sich Reichsernährungsminister Dr. Dierkes nach Bremen und Hamburg begeben und dort mit einer Reihe von wirtschaftlichen Persönlichkeiten und Verbänden über die Aufgaben der deutschen Hafenstädte für die Förderung der Volksernährung Rücksprache zu nehmen.

Nachträgliches zu der Pariser Konferenz.

Paris, 1. Febr. Bertinot teilt im „Echo de Paris“ mit, die französischen Vertreter auf der Pariser Konferenz haben versucht, die Konferenz in London zu verhindern, indem sie die Aufhebung des im November

vereinbarten Arbeitsplans verlangten. Sie haben vom Obersten Rat gefordert, den Reuten von Berlin (wörtlich) die Beiläufe der Konferenz einfach bekannt zu geben. Die Londoner Konferenz (zu der bekanntlich auch deutsche Vertreter zugezogen werden sollen) hätte aber nicht verhindert werden können, wenigstens nicht dem Schein nach.

Krise im englischen Kohlenbergbau.

Paris, 1. Febr. Nach dem „Echo de Paris“ droht eine neue Krise unter den englischen Bergarbeitern, weil die Erzeugung infolge der Herabsetzung der Ausfuhrpreise zurückgeht. Man schätzte die Verluste, die die Kohlenindustrie erleidet, auf 2 Millionen Pfund Sterling in der Woche. Die Kohlenindustriellen erklären, daß eine Herabsetzung der Bergarbeiterlöhne um etwa 25 Schilling die Woche dringend nötig sei.

Die Engländer in Irland.

Paris, 1. Febr. Einer Havas-Meldung aus Cork zufolge wurden dort 9 Gemeinderäte verhaftet. Als Widervergeltung für einen Angriff gegen Polizisten wurden am 29. Januar 2 Kaufleute in Kingsdown in der Grafschaft Cork eingekerkert.

Wilson's Rohrenwäsche.

Paris, 1. Febr. Die „Chicago Tribune“ meldet, Wilson sei damit beschäftigt, ein Buch über die Friedensverhandlungen in Paris zu schreiben. Er habe drei Personen beauftragt, die erforderlichen Unterlagen zusammenzubringen.

Berlin, 1. Febr. Der Hauptausschuß des Reichstags beschloß, von einer allgemeinen Aussprache über die Reichsfinanzen beim Haushalt des Reichsfinanzministeriums im Augenblick mit Rücksicht darauf Abstand zu nehmen, daß zunächst die auswärtige Lage geklärt sein müsse.

Streit.

Möln, 1. Febr. Wegen der Entlassung eines Arbeiters, der die Arbeit unbefugt verlassen hatte, traten alle Arbeiter der Fabrikwerke vorm. Fr. Beyer u. Co. Versammlungen in den Ausstand. Das ganze Werk ist stillgelegt.

Polnische Waffentlieferung.

Wentzen, 1. Febr. Am Sonntag wurde auf dem Bahnhof ein Waffentransport, der als Sendung von Schmalz angegeben war, beschlagnahmt. In den Wagen fanden sich 8 Maschinengewehre, 100 000 Patronen, 2500 Handgranaten, 360 Bomben mit Giftgasen.

Russische Umtriebe in Frankreich.

Paris, 1. Febr. Die Geheimpolizei hat verschiedene Agenten aus Rußland, darunter einen Abramowitsch, der sich auch Dr. Jalesoff nennt, und dessen Frau verhaftet. Es wurden wichtige Briefe vorgefunden, die beweisen, daß von der Sowjetregierung große Geldsummen für politische Werbung nach Frankreich gesandt wurden. Der Herausgeber der Zeitschrift „Arbeiterleben“, Herr, ist gleichfalls festgenommen. Auch in Bordeaux sind mehrere Personen verhaftet worden, darunter 9 Kommunisten aus Spanien.

Englische Stimmen über das Abkommen von Paris.

London, 1. Febr. Der „Manchester Guardian“ schreibt: Wir können sicher sein, daß die vom Obersten Rat beschlossenen Entschädigungsbedingungen niemals durchgeführt werden können, da die Ausföhrung ein Verbrechen gegen die Zivilisation bedeuten würde. Ein zivilisierter Feind kann nicht gewonnen werden, in welchem Umfang und für eine solche Restruktur Tribut zu zahlen. — Die „Westminster Gazette“ führt aus, die Politik habe wahrscheinlich nur an die Gegenwart gedacht und sei der Ansicht: nach uns die Welt! Der Pariser Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt: In den amtlichen englischen Kreisen habe man sich vollständig Rechenschaft darüber abgeleget, daß es schwierig sein werde, die deutsche Ausfuhr auch nur im Großen zu überwachen. Man verwickelte sich auch hinsichtlich der Gefahr andauernder Streitigkeiten über die Entschädigungsfrage; mit den Beiläufigen sei die Frage nicht erledigt (selbst nicht zwischen Frankreich und England). Je mehr man den Pariser Bericht betrachte, desto mehr sei man davon überzeugt, daß er nicht nur ganz schlecht ist, sondern, daß er auch von denen, die ihn ausgearbeitet haben, für schlecht gehalten werde. — Der „Star“ schreibt, alles sei jetzt geregelt, nur nicht die Regelung selbst. 42 Jahre lang mühten die Verbündeten bereit sein, ihre Leidenden mit den Trümen ihrer Bajonette einzusammeln. Es ist nicht der Mühe wert, uns selbst zu fragen, welcher Reingewinn übrig bleibt, wenn wir am Ende der 42 Jahre die Kosten für die Bajonette von der Gesamtsumme, die wir erhalten haben, abziehen. — Der „Globe“ schreibt: Hier ist die Rechnung und sie muß und wird bezahlt werden.

„Daily Express“ meldet aus Berlin, die deutsche Regierung hoffe immer noch, daß die Verhandlungen der Finanzminister in Brüssel eine neue Grundlage für die Konferenz schaffen werden und daß dort vernünftiger Bedingungen festgesetzt werden. Andererseits werde die deutsche Regierung den verbündeten Regierungen erklären, daß die neuen Bedingungen dem Versailler Vertrag und den von den Verbündeten bei der Unterzeichnung des Vertrags gegebenen Zusicherungen zuwiderlaufen. Sie werde sich den Bedingungen nicht unterwerfen, es sei denn, daß diese vollkommen abgeändert würden.

Wiederaufbau-Einkaufsgesellschaft.

London, 1. Febr. „Daily Express“ meldet aus New York, daß der entscheidende Schritt zur Bildung der Außenhandels-Korporation zur Unterhaltung beim

Wiederaufbau Europas durch das formelle Angebot von Altjena an das Publikum erfolgt ist. 30 000 Aktien in ganz Amerika nahmen die Verteilung der Einzahlung zur Beteiligung an Fabrikanten und Finanzleuten in die Hand. Der andere Teil des Plans umfaßt die Verteilung von Krediten an das Ausland in Höhe von insgesamt 250 Millionen Pfund Sterling.

Die Nationaltürken und der Friedensvertrag.

Konstantinopel, 1. Febr. Mustafa Kemal Pascha hat dem Großwesir mitgeteilt, daß die Regierung von Angora in der Türkei augenblicklich die einzig bestehende sei. Er erwarte eine direkte Einladung der Verbündeten und werde folgende Bedingungen zur Annahme vorlegen: 1) Die fremden Mächte müssen sofort die der Türkei gehörenden Gebiete räumen; 2) Die Türkei lehnt es ab, irgend eine Entschädigung zu bezahlen. Mustafa Kemal Pascha fordert demnach die vollständige Abänderung des Vertrags von Sevres.

Als Bedingung für die Teilnahme seiner Regierung an der Londoner Konferenz über die Orientfrage stellt Kemal Pascha ferner die Bedingung, daß die Konstantinopeler Regierung zurücktritt und nur die Regierung von Angora Vertreter zur Konferenz entsendet. Kemal hat seinen Streitkräften befohlen, während der Verhandlungen der Feindseligkeiten gegen die Franzosen in Cilizien und gegen die Engländer in Mesopotamien einzustellen. Wie Reuters weiter meldet, wird in amtlichen Kreisen in London die „anmaßende Haltung“ Mustafa Kemal Pascha ungünstig aufgenommen. Es wird darauf hingewiesen, daß die anatolische Regierung auf der Londoner Konferenz alles zu gewinnen und nichts zu verlieren habe.

Moskau, 1. Febr. Der internationale Rat der Gewerkschaftsverbände beruft zum 1. Mai in Moskau eine internationale Konferenz der revolutionären Gewerkschaftsverbände ein.

Durch Verfügung des sogenannten russischen Zentralvollzugsausschusses sind zwei neue Republiken gebildet worden, nämlich die sozialistische Republik von Daghestan und die sozialistische Gebirgsrepublik. Diese umfaßt den Bezirk Tschetschenien und den westlichen Teil des früheren Bezirks Sunhinel mit dem Bezirk Wladikawkas.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 2. Februar 1921.

Das Autolinienprojekt Altensteig etc. Die Würt. Kraftverkehrs-Gesellschaft Stuttgart war seit der konstituierenden Versammlung auf dem hiesigen Rathaus bemüht, die Vorarbeiten für die von Altensteig aus projektierten Verkehrslinien zu fördern und sie möglichst bald zur Verwirklichung zu bringen. Zunächst wurden die Unterlagen für das Verkehrsprojekt geschaffen und den Beteiligten zugestellt und nun auf Grund der Einzelwünsche das Projekt und die Fahrpläne einer Umarbeitung unterzogen. Letzter Tage ist nun endlich auch die Oberpostdirektion mit einem Autoprojekt herorgetreten und zwar mit einer schon von der Verkehrs-Gesellschaft projektierten Linie: Altensteig-Dornstetten bezw. Freudensdorf, mit der Motivierung, daß die Postverwaltung schon im Jahre 1908 die Einrichtung dieser Kraftfahrstraße in Erwägung gezogen, diese aber wegen des beschlossenen Bahnbau-Dornstetten-Palzrasenweiler nicht zur Ausführung gebracht habe. Da nach einer neuen Mitteilung der Eisenbahngeneraldirektion dieser Bahnbau einzustellen sei, wäre die Oberpostdirektion bereit, der Einrichtung dieser Linie nunmehr näherzutreten. Die beteiligten Gemeinden wurden aufgefordert, zur Frage der Einrichtung der obengenannten Linie durch die Postverwaltung Stellung zu nehmen und insofern haben sich gestern Abend auch der Verkehrsausschuß Altensteig mit dieser Frage zu beschäftigen. Nach eingehender Beratung wurde folgende Entscheidung einstimmig angenommen: „Der Verkehrsausschuß Altensteig stellt sich einschließen auf den Standpunkt, daß der Ausführung der Autolinien durch die Würt. Kraftverkehrs-Gesellschaft aus folgenden Gründen der Vorzug zu geben ist: 1. weil bei ihr als Reinbahnerlosh neben dem Personenverkehr auch der Güterverkehr inbegriffen ist; 2. weil bei der Ausführung durch sie die Wünsche und Interessen der Bevölkerung durch einen Bezirksbetriebsausschuß zur Geltung zu bringen sind, was bei der Post nicht der Fall ist; 3. weil dadurch zugleich ein Einfluß auf die Gestaltung des Fahrplans und der Fahrpreise möglich ist; 4. weil sich die Würt. Kraftverkehrs-Gesellschaft verpflichtet, schon 3 Monate nach Unterzeichnung der Verträge den Betrieb aufzunehmen; 5. weil die Kraftverkehrs-Gesellschaft erfahrungsgemäß keine so hohen Anforderungen an Straßen etc. wie die Postverwaltung stellt; 6. weil die Oberpostdirektion nur eine Linie aus dem bestehenden mehr. Ledigen Projekt herausnimmt; 7. weil die Kraftverkehrs-Gesellschaft ihre Wagen auch für außerordentliche Fahrten (auch Wagen für den Güterverkehr) zur Verfügung stellt; 8. weil die Kraftverkehrs-Gesellschaft die Ausführung in absehbarer Zeit garantiert; 9. weil bei der Postverwaltung dies nicht der Fall und diese bisher ein Interesse an der Einführung des Kraftwagenverkehrs nicht gezeigt, ja kürzlich sogar noch die Anregung gegeben hat, die schon seit 70 Jahren bestehende Postlinie Altensteig-Palzrasenweiler eingeben zu lassen.“ — Alle diese Gründe veranlassen den Verkehrs-Ausschuß Altensteig, der Würt. Kraftverkehrs-Gesellschaft den Vorzug zu geben und sie zu bitten, ihre Bemühungen zur baldigen Ausführung der geplanten Autolinien fortzusetzen und zu einem glücklichen Ende zu führen.

— Preisermäßigung. Wie die „Köln. Volksztg.“ mitteilt, hat die holländische Regierung die Eierausfuhr vollständig freigegeben, nachdem seit 1917 keine Eier mehr von Holland geliefert worden waren. Die Vereinbarung der Kölner Butter-, Käse- und Eierhändler hat folgende Preise festgesetzt: Holländerkäse mit 20 Proz. Fettgehalt 16—18 M., 30 Proz. 20—22 M., 45 Proz. 24—28 M., Edamer 40 Proz. 24—26 M., Margarine 13.50—14 M., Schmalz 13—14 M. das Pfund, entleimte Milch 8.50—10 M. die Dose, eingedickte geduckte Milch 10—10.50 M.

— Arbeiterrückfahrkarten auch für Angestellte. Am 1. März wird ein Nachtrag zum würt. Vinnens-, Personen- und Gepäcktarif vom 1. April 1918 ausgegeben. Er enthält u. a. neue Bestimmungen über die Ausgabe von Arbeiterrückfahrkarten (Ausgabe auch an Angestellte und Beamte und Erhöhung der Fahrpreise dieser Karten). Mit diesem Tage verlieren die bisherigen Ausweise zur Erlangung von Arbeiterrückfahrkarten ihre Gültigkeit. Vordrucke zu den neuen Ausweisen werden vom 15. Februar an an den Fahrkartenschaltern abgegeben.

— Mehlverteilung. Vom 16. Februar an kommen statt der bisherigen 600 Gramm 800 Gramm Weizenmehl aus Auslandsgetreide für Kopf und Monat neben der Brotsorte zur Verteilung. Der Preis beträgt für Kommunalverträge 3.75 Mark für das Pfund entsprechend den Einkaufs- und Vertriebspreisen vom 31. Januar. Dazu treten die Zuschläge für den Kleinhandel.

— Der Redartanal. Jeglicher der Ausbringung der Mittel für den Bau des Redartkanals ist nun der Plan gefaßt, eine Aktien-Gesellschaft zu bilden, an der Reich, Länder und Gemeinden sich beteiligen werden. Ein Teil der auszugebenden Schuldverschreibungen soll dem Privatkapital überlassen werden. Die Baukosten betragen nach dem jetzigen Vorschlag 1930 Millionen Mark; vor dem Krieg waren die Gesamtkosten auf 150 Millionen veranschlagt.

— Erhöhte Ausfuhr von Schuhwaren. Der Reichswirtschaftsrat hat auf Antrag des Schuhgewerbes beschlossen, von der Erzeugung an Lurusfußwaren 100 Prozent, an Straßen-Schuhwaren 50 Prozent und an Verbrauchschuhwaren 33 Prozent zur Ausfuhr freizugeben.

— Preisermäßigung. Der Kupferrohverband in Köln hat mit sofortiger Wirkung den Preis für 100 Kilo Kupferroh um 200 M. auf 3927 M. ermäßigt. — Der Zinkblechverband ermäßigte seine Preise von 900 auf 800 M. für 100 Kilo.

— Zuschlag zu Brauwwein. Für den im Monat Februar 1921 abgefertigten Brauwwein aus Mainz des freien Verkehrs wird ein Zuschlag zum Brauwweinpreis von 830 Mark, für den im Februar 1921 abgefertigten Brauwwein aus neuer Klasse ein Zuschlag von 981 Mark für 100 Liter festgesetzt.

— Freie Schmalzeinfuhr. Nach der „Voss. Ztg.“ soll die Einfuhr von Schmalz in etwa 14 Tagen freigegeben werden.

— Die Staren sind da! Aus verschiedenen Orten wird die Ankunft der Staren gemeldet. Die Frühlingsboten sind um einen Monat baldiger daran als gewöhnlich.

Horb, 1. Febr. (Morb.) Der Landjäger Wid in Lützenhardt sollte den Hansler Rog verhaften, der eine Restrafte von ungefähr einem Jahr Weingeld wegen einer schweren Körperverletzung zu verbüßen hatte. Rog war von der Strafanstalt Rottenburg beurlaubt worden, aber nicht wieder zurückgeführt. Er hat sich seit Oktober letzten Jahres den Nachforschungen der Polizei entzogen. Nach Angaben von Augenzeugen hat der Bruder des Rog sich erst geweigert, dem Landjäger zu öffnen, hat dann aber auf wiederholtes Klopfen die Haustüre einen Spalt weit aufgemacht, worauf sofort von dem volljährig geachteten Rog der tödliche Schuß auf den Landjäger abgegeben wurde. Wid stammt aus Stuttgart. Er ist seit zwei Jahren Landjäger. Im Kriege wurde ihm die Auszeichnung des Eisernen Kreuzes 1. Kl. zu teil. Die Erregung über die schreckliche Tat ist allgemein. Der Mordgeißel ist flüchtig geworden.

Notteufel, 1. Febr. Wie berichtet, verjuchten französische Agenten durch Berechnungen in den Besitz des Geheimvertrags zur Herstellung des deutschen Schießpulvers zu gelangen. Die Verhandlungen, die zuerst im besetzten Gebiet geführt wurden, waren schon sehr weit gediehen, als man den schändlichen Plan entdeckte und die Hauptbeteiligten durch Verhaftung unschädlich machte. Es sind dies der Arbeiter Joseph Schach in der Pulverfabrik Notteufel, der durch Diebstahl die Pulvermühle und die Herstellungsvoorzisiten liefern sollte, ferner der Wirt und Weinbändler Christian Trion und sein Sohn. Bei Trion wurden bei seiner Festnahme durch Stuttgarter Kriminalbeamte am 20. Januar schwere Beweismittel gefunden, auf Grund deren weitere Verhaftungen in Stuttgart, Beilheim, Frankfurt a. M. und am Bodensee vorgenommen wurden. Den Landesverrättern sollen 12 bis 15 Millionen Mark angeboten worden sein. Die Agenten sind leider ins besetzte Gebiet entkommen. Die Akten sind bereits dem Oberreichsanwalt übergeben.

Den Verkauf der von Schach gestohlenen Papiere übernahm der 33jährige Weinbändler Wihl. Dohlermann in Lauffen am Neckar; die Rezepte sollten um 3 Millionen Franken an die französischen Agenten abgegeben werden. Die Papiere waren gut verpackt, sind aber wieder beigebracht.

Rottenburg, 1. Febr. (Fasentrittenbrief.) Der Fasentrittenbrief des Bischofs behandelt den Sonntag, den der Bischof einen „Kriegsbeschädigten“ nennt.

wenn ihm der Krieg so hart zugesetzt hat, daß er nicht mehr sein und leben kann, was er sollte, wenn wir nicht alle uns seiner annehmen und ihm wieder zu seinem Recht verhelfen.

Kalen, 1. Febr. (Schweinediebstahl.) Aus dem Schweinestall des Ritterguts Hohenroden wurde nachts ein etwa 200 Pfund schweres Schwein im Wert von 3000 M. abgeschlachtet und verpackt.

Schnaitheim, 1. Febr. (Sonderbarer Diebstahl.) In vergangener Nacht fuhren Diebe mit einem Fuhrwerk vor die Mühle im Weiler Aufhausen, luden zwei Säcke Weizenmehl auf und verschwanden.

Stuttgart, 1. Febr. (Vom Landtag.) Der Finanzausschuß erlebte in seiner gestrigen Sitzung Kapitel 93 (Badeanstalt Wilddab). Der Fehlbetrag von 400 000 M. ließ sich auf 80 000 M. ermäßigen. Das Staatsministerium wird ersucht, die Deckung des Mangels durch Angleichung der Sätze für Kutzagen und Bäder an diejenigen des Allg. Bädervereins zu erreichen, wobei die bisherigen Vergünstigungen für Kinderbewilligte uneingeschränkt bestehen bleiben sollen. Bei Kap. 94 (Münze) wurde mitgeteilt, daß die Stuttgarter Münze in vollem Maß beschäftigt ist mit der Prägung von 50 Pfg.-Stücken in Aluminium und 5 und 10 Pfg.-Stücken in Eisen. Die gegenwärtige Leistung soll durch Ueberfrachten verdoppelt werden. So dringend ist der Bedarf des Reichs. Die Münze schließt mit einem Reingewinn von einer halben Million ab. Der Antrag der Bürgerpartei, sämtliche Schriftleiter im „Staatsanzeiger“ als Beamte anzustellen, während der Etat nur die Stelle des ersten Schriftleiters als Beamtenstelle betreffen will, wurde mit 10 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Dagegen fand ein Antrag Panzer-Schäfer-Pfäfer-Kinkel, monach bei einer Erhebung des Postens des ersten Schriftleiters auch diese Stelle als Beamtenstelle in Begleit kommen soll, Annahme mit 8 gegen 7 Stimmen.

Stuttgart, 1. Febr. (Die Schulreform.) Wie bekannt, soll in diesem Jahr noch ein neues Fortbildungsgesetz zur Verabschiedung kommen. Dabei will man auch die Leibesübungen als Unterrichts- bzw. Pflichtfach berücksichtigen. Das wird auf dem Lande schwer halten.

Stuttgart, 1. Febr. (Familienkunde.) Der von einiger Zeit gegründete Verein für württembergische Familienkunde findet in immer weiteren Kreisen Interesse und nimmt dementsprechend an Mitgliederzahl zu. Dem Verein sind auch schon wertvolle Stütungen zugewendet worden. Die Versammlungen, zu denen auch Nichtmitglieder Zutritt haben, finden jeden letzten Donnerstag im Monat, abends 8 Uhr, im Silbernen Saal, Büchsenstraße 55, in Stuttgart statt.

Seit Samstag abend wird die 15 Jahre alte Helena Höger von hier vermisst.

Waldsee, 1. Febr. (Der Eierpreis.) Nach einer Bekanntmachung des Oberamts wird jeder Geflügelhalter, der für ein Ei mehr als 1 Mark verlangt, wegen Preistreiberei bei der Staatsanwaltschaft angezeigt. Außerdem werden die Eier, die zu einem höheren Preis verkauft werden sollten, beschlagnahmt.

Ein Reichsmonopol für Getreide-Einfuhr?

Der Ausschuß des Reichswirtschaftsrats für Landwirtschaft und Ernährung nahm folgende Grundzüge an:

1. Das Reich übernimmt durch Reichsgezeß die Zentralisation für die Einfuhr des gesamten Auslandsgetreides ohne Rücksicht auf den Verwendungszweck in die Hand. Zur Erfüllung dieser Aufgabe wird eine zentrale Reichsverwaltung für Getreide gebildet, die ihre Tätigkeit ausschließlich nach kaufmännischen Grundätzen zu erfüllen hat. Sie kann sich hierbei der Vermittlung des Handels bedienen.

2. Das von der Reichsmonopolverwaltung angekaufte ausländische Brotgetreide ist für die Ernährung der Bevölkerung zu verwenden. Verkäufe im freien Verkehr sollen seitens der Monopolverwaltung nur zum Zweck der Regelung des Inlandsgetreidepreises vorgenommen werden.

3. Die von der Reichsmonopolverwaltung angekauften Auslandsmengen an Gerste, Hafer und Mais sind an Handel und Verbraucher abzugeben. Die Preise werden von der Reichsmonopolverwaltung festgesetzt. Bei der Abgabe an die Landwirtschaft zu Verarbeitungs Zwecken soll die Ware in erster Linie ohne Gegenleistung an Geld durch Austausch inländischen Brotgetreides zur Ablieferung kommen. Hierbei ist darauf Bedacht zu nehmen, daß Qualität und Menge des als Futter anzubietenden Getreides zur Abgabe des Brotgetreides veranlassen.

4. Das Monopol für die Einfuhr von Gerste, Hafer und Mais oder einer dieser Getreidearten kann zeitweise oder dauernd aufgehoben werden, sobald ihr Einheitspreis unter dem Preis des den Landwirten zur freien Verfügung bleibenden Brotgetreides erfolgt.

5. Während der Dauer der zentralen Bewirtschaftung des Getreides ist jede Ausfuhr von Roggen, Weizen, Gerste, Hafer und Mais verboten.

Arbeitsgemeinschaft südd. land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeberverbände.

Die Vertreter der süddeutschen Land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände (Bayern einschließlich der Neckarpfalz, Württemberg, Baden und Hessen) haben in gemeinsamer Tagung zu Stuttgart nach gründlicher Aussprache über die Arbeitsverhältnisse beschlossen, eine Ar-

beitsgemeinschaft zu bilden. Vorort ist der Landesverband Bayern. Die Arbeitgeberverbände sollen sich auch auf die landwirtschaftlichen Nebenbetriebe ausdehnen und vor allem sollen die Gärtnereien, Käsereien, Molkereien und Torfwerke einbezogen werden. Ferner wurde gewünscht, daß der Staat mit seinen Gärten und Gärtnereien ebenfalls beitrete. Die Tagung betonte, daß bei einer künftigen Regelung eine Erhöhung der Arbeitszeit einzuwirken müsse und daß die Dienstbotenarbeitszeit keine Bestimmung über die Arbeitszeit enthalten dürfe. Die Arbeitszeit in den landwirtschaftlichen Nebenbetrieben und landlichen Gewerbebetrieben soll den natürlichen Bedürfnissen entsprechend wie die Arbeitszeit in der Landwirtschaft geregelt werden. Der jetzt vorliegende Entwurf über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter sei für die Landwirtschaft unannehmbar.

Kranken- und Invalidengeld und sonstige reichs- und landgesetzliche Lasten sind den landwirtschaftlichen Arbeitern und Dienstboten nach den gesetzlichen Bestimmungen anzurechnen. Die Einrichtung von Sprachkammern für Land- und Forstwirtschaft bei den Schlichtungsgemeinschaften wird als notwendig bezeichnet.

Bermischtes.

Aus Schloß Doorn. Nach einer Mitteilung aus Schloß Doorn sind am 27. Januar durch die niederländische Postbehörde an den früheren Kaiser mehr als 8000 Telegramme und fast 10 000 Postsendungen bestellt worden. Das Bestehen der Kaiserin zeigt keine wesentlichen Veränderungen und ist unverändert ernst.

Die Zeppeleinfahrt in Mexiko ist von einer Privatgesellschaft um 1 200 000 Franken angekauft worden. Es wird dort ein ausgelegertes Luftschiff untergebracht und ein Anflugsplatz für Luftschiffe errichtet.

Unterföhrung. In Essen wurden zwei städtische Angestellte, die von der städtischen Beamtenkassette zwecks Kartoffelkaufs zur Verfassung gestellte 300 000 M. veruntreuten und eigene Schiebergeschäfte damit trieben, verhaftet.

Großen Unterföhrungen ist man im Karl-Friedrich-Hospital in Erfurt auf die Spur gekommen. Eine Oberwärtlerin und zwei Wärterinnen verachteten sich um Sublimat zu verschaffen. Weite Kreise sind in die Angelegenheit verwickelt.

Die Ausbreitung der Japaner. Nach einer Meldung aus Washington erobert die Volkszählung auf der Insel Hawaii, daß unter der Bevölkerung von 255 000 Seelen 100 000 Japaner sind. Die japanische Bevölkerung vermehrte sich um ein Drittel, die eingeborene Bevölkerung ist um 2210 Seelen zurückgegangen.

Der neue „Stud. pap.“ In den jüngsten Veröffentlichungen unterer Sprachstufen gehört die jetzt vielfach auf den Besucharten und Kollegien von Studenten ergründete, Bezeichnung des „Stud. pap.“. Manchem wird es nicht sofort verständlich sein, daß ein Stud. pap. einen Student ist, der sich dem Studium der — Papierwissenschaft widmet. Die neuartige Zusammenfassung der beiden abgekürzten Worte ist aber nicht nur unklar, sondern auch falsch. Denn erstens gibt es im Lateinischen kein Wort für Papierkunst, das den Stamm „pap.“ aufweist, da diese Kunst auf lateinisch als „ars charta“ zu bezeichnen wäre, und der Student sich in diesem Fall „stud. chart.“ nennen müßte, und zweitens bezieht sich das griechische Wort pappiros ausschließlich auf die Pappirus-Pflanze, also auf die Pflanze, nicht auf das Papier und seine Herstellung selbst. Da sich allerdings auch der Ing. pap. einstudieren sucht, der ebenso unrichtig zusammengesetzt ist, da im Lateinischen das Wort ingeniosus, d. h. erfindert, überhaupt nur als Adjektiv bekannt ist, und der Ingenieur also aus dem Französischen herübergenommen werden muß, wäre es wirklich zu wünschen, wenn der Stud. und auch der Ing. pap. sich in etwas schäner oder wenigstens in sprachlich richtiger Bezeichnungen umwandeln würden.

Der schwebende Richter. Ein Mann war von einer Strafkammer wegen gemeinlichlicher Hehlererei zu Zuchthausstrafe verurteilt worden, und er bot alles auf, um das Urteil zu Fall zu bringen. Die Verhandlung vor der Strafkammer hatte während der heißen Sommerzeit drei Tage gedauert und der älteste bestehende Richter hatte im Lauf der Verhandlungen gelegentlich seine Augen geschlossen. Der Verteidiger hatte sich nun von 20 Personen, die der Verhandlung beigewohnt hatten, eine eideschwurliche Versicherung ausstellen lassen, daß nach ihrer Uebersetzung der Richter geschlafen habe, und zwar meist dann, wenn Entscheidungen vernommen wurden. Diese Urkunden las der Verteidiger dem Reichsgericht in der Revisionsverhandlung vor. Der Reichsminister verwies darauf, daß der „schlafende Richter“ bereits in zwei früheren Urteilen behandelt worden sei und daß eine auf ihn bezügliche Klage nicht zur Aufhebung eines Urteils führen könne. Menschlich begrifflich sei es allerdings, daß ein Richter gelegentlich Zeichen qualvoller Ermüdung zeige, ohne daß man ihm nachweisen könnte, daß er seine Pflicht nicht erfüllt habe. Das Reichsgericht verwarf in diesem Fall die Revision mit der Begründung, daß das Maß der Aufmerksamkeit, welches ein Richter der Verhandlung zu widmen habe, nicht Gegenstand einer Revisionsbeschwerde sein könne.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 1. Febr. (Schlachtviehmarkt.) Dem Monatsmarkt am hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt 25 Ochsen, 9 Ferkel (Bullen), 180 Stiere und Jungstiere, 13 Kühe, 320 Kälber, 165 Schweine. Für 1 Zentner Lebendgewicht wurde bezahlt bei Ochsen erste Qualität 740—800 M., Ferkel erste 720—750, Stiere und Jungstiere 770—800, zweite 690—700, dritte 550—600, Kühe erste 120—130, zweite 100 bis 120, dritte 280—380, Kälber erste 950—1000, zweite 850 bis 900, dritte 750—800, Schweine erste 950—1000, zweite 850 bis 950, Schafe erste 1000—1150, zweite 800—1000 M. Der Lauf des Marktes: mäßig.

Letzte Nachrichten.

W.B. Berlin, 2. Feb. Die gestrigen Ausführungen des Reichsministers Dr. Simons im Reichstag über die neuen Ententevorschlüsse in der Reparationsfrage finden die Zustimmung der gesamten Presse. Die Blätter heben besonders die nüchternen Sachlichkeit der Rede hervor, die mehr überzeuge als große Worte.

Das „Berliner Tageblatt“ sagt: Herr Dr. Simon hat gänzlich unparteiisch gesprochen, aber wir wissen diesmal u. die Welt soll sich das klar machen, daß sein Nein bestehen bleibt wird. Dr. Simons hat Gegenvorschläge angekündigt die vermutlich in London vorgelegt werden sollen, falls es zu den Londoner Besprechungen kommt. Die alliierten Staatsmänner werden diese Gegenvorschläge vielleicht mit einer hochmütigen Geste zurückweisen, aber daß sie mit Beschlüssen in Deutschland kein Glück haben werden, sehen sie

hoffentlich schon. — Zu der Aeußerung Dr. Simons, daß die Auslieferung von 226 Milliarden, zahlbar in Raten bis zu sechs Milliarden und zwar 42 Jahre lang, die wirtschaftliche Verklavung bedeute, erklärt das Blatt: Herr Lloyd George hat vor einigen Tagen in Paris dem unter dem Triumphtoggen bestatteten „Unbekannten Soldaten“ einen Kranz gespendet, dessen Aufschrift wieder einmal besagte, die Alliierten hätten für die Errettung der Zivilisation gekämpft. 42 Jahre Sklavendienst für ein ganzes Volk — für die heute Lebenden, die Alter, die Jungen, die ganz Kleinen und die noch Ungeborenen — eine schöne Zivilisation.

Der „Vorwärts“ schreibt, daß das deutsche Volk und die ruhigen Köpfe der übrigen Welt eine andere Erklärung des Reichsministers nicht haben erwarten können. Ueber die vollkommene Unmöglichkeit jener Pariser Vorschläge gibt es in ganz Deutschland ohne Unterschied der Partei nur eine Stimme, wie sehr auch sonst über die beste Methode, der Ententepolitik zu befragen, die Meinungen verschieden sein werden. Niemand ist in der Presse eines Landes, in dem völlige Freiheit des Wortes herrscht, eine so weitgehende sachliche Uebersichtnahme zu verzeichnen gewesen.

Auch die „Freiheit“ stimmt der sachlichen Kritik des Ministers über die unerträgliche Schwere der Bedingungen zu. In der Tatsache, daß Deutschland Gegenvorschläge machen werde, sieht das Blatt die Möglichkeit für weitere Verhandlungen mit der Entente.

Wie die Blätter mitteilen, werden in der heutigen Reichstagsitzung die Koalitionsparteien durch einen Redner eine gemeinsame Erklärung abgeben, deren Wortlaut zwischen den Parteien vorher vereinbart werden soll. Die übrigen Parteien werden gesonderte Erklärungen abgeben. Alle Parteien werden in diesen Erklärungen ihre Zustimmung zu der Stellungnahme der Reichsregierung gegenüber den Beschlüssen der Pariser Konferenz Ausdruck geben und sich hinter die Regierung stellen. Nur die Kommunisten werden sich an der Einheitsfront des Reichstags nicht beteiligen.

In den Besprechungen der Parteiführer mit dem Minister des Auswärtigen über die Entwaffnungsfrage herrschte Uebereinstimmung darüber, daß die neuen Bedingungen anerkannt werden müßten, soweit sie nicht über den Vertrag von Versailles hinausgehen. Das tun sie aber in der Frage des Luftfahrwesens. Und hier soll auf dem Wege der Sachverständigenbesprechung alles daran gesetzt werden, die Lebensinteressen der deutschen Flugindustrie zu schützen. Auch kommt die Anregung eines Schiedsgerichts in Frage.

W.B. London, 1. Febr. „Daily Telegraph“ meldet, in der Vorrede der City herrsche eine gewisse Erregung bezüglich der Frage der Erfüllung der Pariser Beschlüsse, insofern eine sehr energische Haltung eingenommen werden sollte. Man erwartet auf jeden Fall keine sofortige Erleichterung und man befürchtet, daß Deutschland Milliarden neuer Noten ausgeben werde, um die Mark auf einen bisher nicht dagewesenen Stand herabzubringen. Demselben Blatt zufolge sollen die Deutschen augenblicklich den spanischen Markt durch Dumping erobern.

W.B. London, 1. Febr. Die „Morningpost“ schreibt: Das Beste, was wir tun können, besteht darin, daß wir darauf dringen, daß das soeben zustande gekommene Abkommen auch genau innegehalten wird. Eines ist klar, wir werden keinen Dollar erhalten, wenn wir nicht über die Mittel verfügen, um es Guthaben einzutreiben und einzuheben. Diese Möglichkeit auszuschließen. Die „Morningpost“ führt als Zwangsmittel zur Vermeidung der Zahlungen von Deutschland oder zu dessen Verstromung im Wiederungsfall die ständige Beibehaltung der Besetzung des linken Rheinuferes an.

W.B. München, 1. Febr. In seiner heutigen Sitzung besaßte sich auch der Landtag mit dem Pariser Verklarungsvorschlag. Präsident Königbauer erklärte unter lebhafter Zustimmung des Hauses, daß, ohne der Reichsregierung und dem Reichstag vorgreifen zu wollen, von der Reichsregierung und dem Reichstag erwartet werden dürfe, daß das offenbar Unmöglichkeit niemals zugestanden werden würde. Alle trennenden Schranken im deutschen Volk müßten niedergehoben werden, alle Parteien, alle Stämme in Nord und Süd müßten sich einigen in dem Bestreben, lieber ehrlich unterzugehen als unehrlich zu verderben. Während der Rede des Präsidenten hatte das Haus sich von seinen Sigen erhoben. Gemäß dem Beschluß seines Vizepräsidenten wurde darauf die Sitzung geschlossen.

W.B. Kopenhagen, 1. Febr. Die Zeitung „Sozialdemokraten“ wendet sich in einem Leitartikel aufs schärfste gegen die neuen Ententeforderungen an Deutschland und nennt sie, namentlich im Hinblick auf die zu erwartende Verelendung der deutschen Arbeiterklasse eine schreckliche Noheit und ein unbarmerherziges, grausames Todesurteil. Die Zeitung fährt fort: Wenn die Mächte das ganze deutsche Volk nach Afrika deportiert und in die Sahara gebracht hätten, so wäre das menschlicher gewesen. Wir betrachten es als sicher, daß die Arbeiter auf der ganzen Welt, auch die der reicheren Länder, sich erheben und gegen diese Entscheidung protestieren werden, denn ein Sklaventum, wie es der deutschen Arbeiterklasse zugebracht ist, wird selbstverständlich nur dazu beitragen, daß die Arbeiter auch in anderen Ländern in das schmerzhafteste Elend geraten. Das deutsche Volk wird natürlich diese unmögliche Entschädigung nicht bezahlen und die Sieger können den Betrag nicht eintreiben. Selbst schwärzeste Soldaten werden auf die Dauer zu einem 42-jährigen Plünderungsgang in dem zum Tode verurteilten Lande untauglich sein.

W.B. Breslau, 2. Feb. Der polnische Weibszirkonmissar Konietzky wurde wegen Mordankstiftung und Gewalttaten beim letzten Putsch verhaftet. Sein Vorgänger, der sich als alter Zuchtbrüder entpuppt hat, ist dieser Tage wegen Unterschlagung von 30 000 M. verhaftet worden.

Druck und der Verlag M. Meier-John Buchdruckerei Altona. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Saul.



Statt jeder besonderen Einladung.
Igelsberg — Klosterreichenbach.
Hochzeits-Einladung.
 Wir erlauben uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am
Samstag, den 5. Februar 1920
 im Gasthaus z. Baum in Klosterreichenbach
 stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.
Friedrich Kappler
 Sohn des † Mich. Friedr. Kappler, Bauers, Igelsberg
 und seine Braut:
Rosa Schittenhelm
 Tochter des † August Schittenhelm, Bauaufsehers.
Kirchgang um 12 Uhr in Klosterreichenbach.

Welschkorn sowie
Welschkornmehl
 hat zu verkaufen
Karl Simmendinger
 Mühle, Rohrbach b. Nagold.
 Ein 10 Monate altes
Fohlen
 steht dem Verkauf aus
 der Obige.



DROGEROL das Beste für Schweine
 GENEZELGESCHÖFT
 Von Gebrauch Nach Gebrauch



Verhütet unbedingt das Krummwerden. Regt die Fresslust an. Drogerol ist ein Phosph.-Kalk-Präp., daher mit anderem Futterkalk nicht zu verwechseln. Zahlreiche Anerkennungs-schreiben zeugen von der Güte. Paket ca. 2 Pfd. Mk. 4.—.
 Allein. Hersteller: Gebr. Benz, Nagold
 Zu haben bei: **Chr. Burghard jr., Altensteig.**

Nagold.
Für Wirte!
 Zum bevorstehenden Weinablaß empfehle:
vorzüglichen Verschnittwein
 zu Mk. 13.— bis Mk. 15.—
 per Liter (ohne Steuer).
 Die Weine werden von 5 Liter an abgegeben.
 Bei Abnahme größerer Quantitäten billiger.
Carl Schuon, Weinhandlung.

Fassboden-Riemen,
Brüstungstäfel - Bretter und sonstige
 Hobelware
 liefern wieder fortlaufend. Gates Passen. Trockenanlagen.
Graf & Kohler, Säge- und Dornstetten Tel. 1.

Schwarzwald-Drogerie Altensteig Tel. 41.
 empfiehlt
 zur Bereitung eines
guten Mostes
 verschiedene Marken
 Mostzusätze.



Hausfrauen, gebrauchet
Harr's
 Sparkernseife „Nagoldia“!



Diese erstklassige Seife von bewährter Friedensqualität ist äußerst sparsam im Verbrauch, milde und vor allem sehr preiswert.
 Ueberall erhältlich in Pressstücken mit obigem Bilde von 200 und 300 Gramm.
Schwarzwälder Dampf-Seifenfabrik, Gebrüder Harr, Nagold.

Mein diesjähriger
Inventur-Ausverkauf
 beginnt heute Mittag und
 dauert nur wenige Tage.

Mindest-Rabatt 10%
 bis weit unter Selbstkostenpreis

besonders ermässigt: Kleiderstoffe,
 Anzugstoffe, Hosenzeuge, engl. Leder
 10 bis 25% sämtl. Aussteuer-Artikel

Hermann Reichert Nagold

FLAMMER SEIFE
SEIFENPULVER
 in
 der altbewährten Friedensart
endlich wieder da!



BESTE u. BILLIGSTE
 WASCHMITTEL FÜR WASCHE u. HAUS
 KRAEMER u. FLAMMER HEILBRUNNEN

Schleifen u.
 Reparaturen sämtl.
 Stahlwaren.
Fr. Roller
 Messerschmied
 Altensteig.



Offene Lehrstelle
 Ein geordneter Junge mit guter Schulbildung
 findet in unserer Buchdruckerei Lehrstelle.
W. Rieker'sche Buchdruckerei
 Altensteig.

Compelijener.
 Einjähriges
Rind
 verkauft
Georg Braun.



Einem gut erhaltenen
Rinderwagen,
 wie neu verkauft.
 Zu fragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Verkaufe
 einen Hund u. 5 Junge,
 10 Wochen alt, Foglerrier.
 Garantie für Rattenfang.
Karl Stoll, Postbote
 Wenden.

Electr. Licht
 Verschiedene Dynamo's auch
 Accum. zu verkaufen.
Jiegler, Electr., Stuttgart
 Alexanderstr. 28.

Altensteig.
 Morgen Donnerstag
Nebelsuppe
 wozu freundlichst einladet
Albert Luz.

Altensteig.
 Prima handverlesene weiße
Perlsbohnen
 Pfund Mk. 2.40
 Zentner Mk. 220.— ohne Sach

feinst
Bohnenmehl
 (aus obigen Bohnen hergestellt)
 Pfund Mk. 2.60
 Zentner Mk. 250.— ohne Sach

feinst weiß
Tapioca-Mehl
 Pfund Mk. 4.—
 empfiehlt

Fritz Bühler jr.
 Wart.
 Eine junge
Milch- u. Schaffah
 verkauft
Fr. Feuerbacher
 Schmieb.



Suche ein kleines
Anwesen
 mit ca. 1—2 Morgen Feld
 dabei für Geflügelzucht ge-
 eignet oder ein passendes
 Grundstück in dieser Größe,
 gegen Barzahlung. Offerten
 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Altensteig.
 Ein jüngerer, tüchtiger
Bierbrauer
 kann sofort eintreten bei
Armbruster
 zum Schwaben.

Altensteig.
 Suche zum baldigen Ein-
 tritt aufgeweckten jung. Mann
 als
Hausburschen
Louis Kappler
 z. grünen Baum.

20 Jahre alter
Schneider
 sucht Stelle bei einem
 Kleinmeister.
 Angebote an
D. S., Friedhofstr. 48
 Neunweiler O. Calw.

Güttelfingen.
 Hochträgliche,
 reifbändige
Ziege
 verkauft
Jettler, Käfer.



Simmerfeld.
 Einen neuen, graubraunen
Herren-Anzug
 für größere Figur, hat im
 Auftrag zu verkaufen.
Fr. Seigle, Schneidernstr.

